

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 26. April 1928

Alle Zahlungen an Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im Voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Wir weichen nicht!

Zum ersten Mal.

Den 1. Mai 1928 richtig zu werten, heißt die Lage nach dem 20. Mai zu sehen. Sie wird dieselbe sein wie die vor den großen „Schlachten“, — das ist gewiß! — aber die ganze Summe zersetzter Illusionen, die heute noch den politischen Alltag charakterisiert, hinweggelassen, wird zu der rauhen Wirklichkeit noch fügen, den großen Katzenjammer nach der reformistischen Schlammluft. Vor lauter „Kampf“ und parlamentarischer Rüstung zu den „Entscheidungsschlachten“ sehen die Arbeiter das Elementarste, Ausschlaggebende nicht mehr. Durch die parlamentarische Dreckschleife, der sie ausgesetzt sind, blüht unablässig das kapitalistische Morzeischen: „Für verbindlich erklärt“, und die treuen Diener der Demokratie antworten in denselben Zeitungen, in denen die Seelen der Untertanen für den Wahrmümel gargekocht werden; „Streik beendet“. Kurz und sachlich. Auf der vierten Seite!

„Sie sind wie ein Schaf, das zu Schlachtaben geführt wird, und still wie ein Lamm vor seinem Scherer.“ Die Metallarbeiter Mitteldeutschlands, Berlins, die Ruhrbergleute, die Metallarbeiter in Sachsen: ein Batillon nach dem anderen wird so verschachtet und verraten. Sie sehen noch nicht ganz klar, sie glauben immer noch, daß die parlamentarische Mühle anders malen wird, wenn andere Müller sie laufen lassen, und sehen voll kindlicher Naivität den „Aufmarsch am 1. Mai entgegen, an dem die Heerhaufen gemustert werden sollen, die am 20. in die „Entscheidungsschlacht“ geworfen werden.

Eine ganz kleine Belastungsprobe würde schon genügen, um den Spok zum Zerfallern zu bringen. Wenn z. B. die Ruhrkumpels selbst die Phrasen ihrer Sklaventreiber ernst nehmen würden und auf einen solchen Schiedsspruch antworten würden mit dem Streik der Kohlenräger. Würde das eine Aufregung werden! Die ganze „Linksschwenkung“ würde gefährdet, weil ja, weil die Bourgeoisie „links“ weiß deshalb, weil noch keine Partei mit dem Proletariat so fehn fertig geworden ist, wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Sie kann derartige traurige Ängste wie den Keudel, der gar nicht weiß, wie er in der Welt lebt, nicht mehr gebrauchen. — Und die Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die heute so unferroren wie nur denkbar ihr Verlogenheit leugnen und sich mit dem Linsenflöckchen, wie sie es so billig ist — sie würden, stünden die Sklaven auf und wollten mit Gewalt das Stück Brot auch nur erretzen, das man ihnen vor dem Schiedsspruch verdammt hat, selbst diese leiseste Regung, diese allergeringste Eigeninitiative des Proletariats, wird sie erschrecken und erschrecken sind. Aber selbst diese leiseste Regung, diese allergeringste Eigeninitiative des Proletariats, wird sie erschrecken und erschrecken sind. Aber selbst diese leiseste Regung, diese allergeringste Eigeninitiative des Proletariats, wird sie erschrecken und erschrecken sind.

Die Taktik des Parlamentarismus und der Gewerkschaften mit ihrer „Wirtschaftsdemokratie“ ist zur wirksamsten Waffe für die Niederhaltung des Proletariats geworden. Die kapitalistische Klasse ging ohne Illusionen in die Restauration der alten Gesellschaftsordnung und hat diese Restauration mit Hilfe von Gewerkschaften und Sozialdemokratie durchgeföhrt. Da gab es keine Sentimentalitäten! Der gekrümmte Rücken des proletarischen Riesen wurde wieder zum Fundament zunehmender Profitierung. Um ihn an den stärkeren Hanger zu gewöhnen, der für die neue „Stabilisierung“ Bedingung wurde, wurden die Fesseln vielseitiger, stärker, raffinierter. So steht das deutsche Proletariat da: zwanzigmal verraten, ausgehungert, von den Messern der Rationalisierung von allen Seiten gepackt. In der Hand die „Verfassung des Deutschen Reiches“, in der zu lesen steht, daß auch der Arbeitlose ein menschenwürdiges Dasein, jeder eine anständige Wohnung habe, jedem der Weg offen stehe zu Amt und Würden. Und seine Bonzen klopfen ihm vertraulich auf die Schulter: „Wie sindst du dich so als völlerberechtigter Staatsbürger, Kollege?“ Sind die Erfolge der Demokratie nicht mit der Hand zu greifen?

In diesem Zeichen absoluter Passivität des Proletariats steht dieser 1. Mai 1928. In diesem Zeichen völliger Passivität dieser 1. Mai als parlamentarischer Karneval für den

20. Mai. — Weiter nichts. Das Geschrei über Einigkeit und Einheitsfront ist nur die raffinierte Verherrlichung proletarischer Hilflosigkeit dem eigenen Schicksal gegenüber. „Massen“ werden aufmarschieren, dessen sind auch wir gewiß, aber für seine Massenhaftigkeit kann das Proletariat ja selbst nichts. Einen Spaziergang nach Treptow, oder einen Papierzettel in einen verschlossenen Kruz werfen — das können auch Kinder. Dazu ist weder Kraft, noch Geist, noch Mut notwendig.

Das revolutionäre Proletariat zögert daher keinen Augenblick, auch in Zeiten heillosen Verwirrung und stinkender politischer Korruption und Unzucht, dem Proletariat das zu sagen, was ist. Es mußte sich bitter rächen, daß jene reformistische Vergeßlichkeit das Proletariat unfähig machte, zu handeln, als die Geschichte ihr „Ablösung vor“, der proletarischen Klasse zu rief. Die modernen Gebeine erschlagener Proletarier in den Sportplätzen, in Bayern, in Mitteldeutschland, in Hamburg waren keine Zeichen des Sieges — sondern der Niederlage. Die Bourgeoisie hat mit Hilfe derer, die den willkürlichen Generalen in Krieg und Revolution die blutbefleckten Stiefel lekten, ihre demokratische auferichtet, und wird mit dieser Demokratie und ihren demokratischen Knechten die Massen ausbeuten und ausquetschen bis zu deren Bewußtlosigkeit. Von der Bourgeoisie und ihrer Staatsgewalt, die so lauter ein lächerlich dummes Versteil, „von Volke ausgeht“, eine Besserung der Lage des Proletariats erhoffen, ist ein Traum, der dem Proletariat durch Blut und Tränen auszutreiben werden wird. Darüber täuscht keine noch so blutige Komödie hinweg, wie sie der erste Mai 1928 darstellt. Von den Nutznießern dieser Demokratie zu erwarten, daß sie, während des Krieges, dem Proletariat der Revolution vor keiner Infamie gegen die Arbeiterklasse zurückschrecken, auf der Seite des Proletariats stehen würden, wenn einmal wieder der Riese sich aufrichtet, kommt dem Versuch gleich, Rosen von den Disteln zu ernten. Aber dennoch scheint die Ironie der Geschichte es zu wollen, daß der vergangene Anschauungsunterricht nicht genügt, daß jene Helden der Kontrovervolution höchst eigenmächtig die Illusionen in dem Blute der Arbeiter ertränken müssen, die trotz aller gemeinsamen Vergangenheit emporschießen wie Unkraut im ungepflügten Acker.

Deshalb ist für die tatsächliche Lage und die daraus folgende Entwicklung des demokratischen Blindenwerk in den Monaten 1928 so bedeutungsvoll wie der Krach besoffener Ideolen in der Neujaarsnacht. Der Mai wird rasch vorüber sein — und der Hunger ist, trotz Blütenpracht und Lerchenbesang, der Hunger ist geblieben. Geblieben sind auch die Probleme der Arbeiterbewegung. Die Schiedssprüche sind nicht weiter fuggerten, unarmherzig und präzise. Die Rationalisierung wird weiter fressen, und verschärfte Ausbeutung und Arbeitslosigkeit muß das weitere Ergebnis sein. Es gibt kein Zurück mehr, es gibt nur noch ein Vorwärts, und in diesem Vorwärts liegt der Zwang für die Sklaven der Demokratie, diese Demokratie anzugehen, und zu vernichten, um auf den Trümmern dieser kapitalistischen Ordnung die neue Welt zu errichten.

Der „Sozialismus“ der Noske und Scheidemann hat jedoch mit diesem Kampf des Proletariats ebenso wenig zu tun, wie der „Kommunismus“ des Bauerkinigins Stalins. Die internationale der Kontrorevolution reicht sich über die ganze Erde von neuem die Hand und alle Rebellen gegen die Stabilisierung verfallen der Feme, auch wenn sie, wie in Rußland, die Falle der „positiven Mitarbeit“ schenken. Aber die „Stabilisierung“ ruht auf törenen Fäßen. Die Luft ist voll Kriegsgeschrei, es wimmelt überall wieder von bedrohten Vaterländern. Die Sklaven marschieren, noch treten sie auf der Stelle, — wer weiß, wann sie marschieren? Die Toten der Revolution sind ein guter Dünger, einmal wird ihre Stimme wieder lebendig und in das Geschwätz parlamentarischer Wichtigkeit wird fahren die schändlich scharfe Stiel der Revolution: Alle Macht den Räten! Das ist das Ziel, das wir erstreben, und mag der Weg dorthin auch lang. Wir weichen nicht. Denn nur dieser Weg führt zum Maiestag des Proletariats!

parlamentarische System zu folgendem führt: Das zunächst eine Trennung zwischen den Führern und der großen Masse vor sich ging. An Stelle der Aktivität der Masse, die in den Anfangsstadien der parlamentarischen Betätigung eine Ergänzung der Einzelhandlungen der Parlamentarier hat, eine Passivität der Masse, indem die Aktivität der Masse ausgeschaltet wurde. Die Parteien wurden eine Wahlmaschine, die um möglichst viele Mandate zu bekommen, einer passiven und reaktionären Ideologie bei den Arbeitern immer mehr entgegenzusetzen mußten. Allmählich tritt an Stelle von Klassenaktionen die Tätigkeit der Fraktionen.

Wenn über die Frage, warum wir jetzt Antiparlamentaristen sind, keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, dann muß in diesem Zusammenhang auf die Frage eingegangen werden, inwieweit nun die parlamentarische Betätigung der Arbeiterklasse in der Vorkriegszeit richtig oder falsch war. Es wurde in der KAZ in einem Artikel zum Parteitag die Auffassung vertreten, daß der Parlamentarismus nicht erst jetzt, in der Phase des monopolisierten Kapitalismus, sondern überhaupt von Anfang der Arbeiterbewegung an, ein Irrweg gewesen sei. Für die Herausarbeitung einer klaren Linie und die wirkliche positive Gründung unseres Antiparlamentarismus ist die Frage maßgebend, ob das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Parlamentarismus vor dem Kriege von vornherein falsch war.

Zunächst stellen wir fest, daß der Parlamentarismus und das Verhältnis der Massen zum Parlamentarismus in monopolisierten Kapitalismus ein anderes geworden ist, als z. B. in der Manufakturperiode. Damit ist schon ganz klar ausgedrückt, daß die Methoden der Arbeiterbewegung mit den strukturellen Veränderungen des Kapitalismus und seiner dialektischen Bewegungen nicht übereinstimmen. Daß sie historisch bedingte Kategorien sind, daß sie nicht einem Wünsche entspringen, auch nicht einem absoluten Gedanken, sondern daß diese Erkenntnis das Produkt der Verhältnisse selbst ist. Wenn wir sagen, daß die parlamentarische Betätigung der Arbeiterklasse vor dem Kriege ihre historische Berechtigung hatte, so heißt das zunächst einmal, wir lesen sie nicht am Kalender ab, weil es sich um einen dialektischen Prozeß handelt. Trotzdem muß man sich bei der Betrachtung all dieser Dinge natürlich an bestimmte Zeitmomente halten. Wenn das Parlamentarismus und sein Verhältnis zu den Massen von Anfang an in der Arbeiterbewegung falsch war, dann hätten die antiparlamentarischen Strömungen viel marxistischer als Marx gesehen. Wir können nicht die Erfahrung, wir sehen heute und haben auch schon vor dem Kriege gesehen, daß das Verhältnis der Massen zum Parlament — zu überhandt reaktionären Auswirkungen führt. Ich erinnere dabei an das Stichwahlabkommen von 1910. Wir sehen heute auf Grund der Kriege- und Revolutionserfahrungen, daß sich diese Entwicklung immer stärker auswirkt, wir sehen heute ferner ganz klar, daß der Zeitpunkt vorliegt, wo die parlamentarische Methode noch praktisch berechtigt ist, wo die parlamentarische Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolismus zeigt, daß eine weitere Anwendung der parlamentarischen Methoden zu einer reaktionären Ideologie führt, die auf die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hinausläuft. Zu dieser Erkenntnis reicht jedoch die Erfahrung allein nicht aus, sondern gehört auch die dialektische Betrachtung. Wenn wir unsere antiparlamentarische Stellung begründen, so dürfen wir uns dabei nicht den Boden unter den Füßen selbst entziehen und behaupten, daß die Einstellung der Arbeiterbewegung von Anfang an eine falsche war. Damit verschließen wir uns die lebendigen Quellen der dialektischen Erkenntnis, mit deren Hilfe wir ja erst überhaupt zu unserer antiparlamentarischen Einstellung gekommen sind. Noch eins Genossen: daß natürlich innerhalb der antiparlamentarischen Betätigung die beiden Tendenzen einer vorwärtsweisenden und einer rückweisenden Haltung von Anfang an vorhanden gewesen sind ist etwas ganz anderes. Daß ebenso diese hinweisenden Elemente nur ganz langsam verlinken, ist auch eine unbestrittene Tatsache. Der Versuch Liebkechts war, in einer Phase ziemlich hoch entwickelter Wirtschaft im deutschen Reichstag mit seinen kleinen Anhängern das letzte Ausklingen, und der verzweifelte Versuch, durch parlamentarische Tätigkeit revolutionäre Arbeit zu leisten. Wenn es wahr war, daß von Anfang an des Verhältnis der Massen zum Parlamentarismus falsch gewesen ist, dann müssen wir angesichts dieser Tatsachen offen aussprechen, daß die Betätigung Liebkechts im deutschen Reichstag während des Krieges die größte reaktionäre Tat war. Entweder ist also Liebkechts Tat eine revolutionäre Tat, oder sie ist als Spitzleistung die größte reaktionäre Tat, oder sie ist als Spitzleistung die größte reaktionäre Tat. Ich will damit nicht sagen, daß wir unsere antiparlamentarische Einstellung gefühlsmäßig begründen, ich will vielmehr nur aufzeigen, wohn ich führt, wenn man den Boden der dialektischen Betrachtung verläßt. Zum Schluß noch eines der Arbeiterbewegung in den zurückgebliebenen Ländern braucht nicht noch einmal alle Irrtümer der Arbeiterbewegung zu durchlaufen. Denn diese Entwicklung beginnt nicht bei der Manufakturperiode, sondern sie beginnt mehr oder weniger auf einer bestimmten Höhe des monopolisierten Kapitals. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterbewegung dieser Länder nicht noch einmal jene Entwicklung durchmachen muß, die die fortgeschrittenen Arbeiterbewegungen durchgemacht haben.

Ehe ich dieses Kapitel verlasse, möchte ich noch ein Moment anführen. Wenn das Verhältnis der Massen zum Parlamentarismus vor dem Kriege falsch war, so würde dies alles zu unangehörigen Konsequenzen führen. Wir erkennen in der Phase des monopolisierten Kapitalismus, daß die Gewerkschaften alle Mittel im Kampf zwischen Kapital und Arbeit überlebt sind und geschichtlich überwunden werden müssen, wenn die Revolution siegen soll. Die Gewerkschaften waren in der Vorkriegszeit die natürliche Form der Organisation der Arbeiterklasse, die die Aufgabe hatten, die kapitalistischen Machtgesetze, gleiche Werte gegeneinander auszutauschen, durchzuführen. Nach der Behauptung, daß der Parlamentarismus von allem Anfang an falsch war, wären auch die Gewerkschaften genau so gut von Ursprung an falsch gewesen, wie überhaupt das ganze Arbeiterbewegung von vornherein falsch gewesen wäre.

Unsere antiparlamentarische Einstellung ist ein Ausfluß des dialektischen Entwicklungsprozesses als einer Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise. Wo die Ursache zur Wirkung und die Wirkung zur Ursache wird. Damit hängt auch der Abschluß zusammen, den wir hier treffen müssen in bezug auf die Frage im Falle Schwarz.

Die Liquidierung der entscheidenden Linken und die Liquidierung des Falles Schwarz hat in der Partei eine ziemlich heftige Diskussion hervorgerufen. Es mag vielleicht als ein günstiges Zeichen betrachtet werden, daß die Auseinandersetzung über den Abschluß und über diese Liquidierung gerade in einem Augenblick auftreten, wo die Partei als Organisation zum erstmaligen positiven Schritt in bezug auf die praktische Anwendung ihrer Grundsätze im Klassenkampf getan hat. Das nicht hindern, noch einmal in einem Augenblick aller Ruhe und Sachlichkeit die Entwicklung des Falles Schwarz und unsere antiparlamentarische Einstellung dazu anzuführen. Da heißt es z. B. im Antrag der Genossen von Hamburg: „In Erwägung, daß der letzte Zentralaussschuß den sogenannten Fall Schwarz nicht erledigte, weil er trotz der Feststellung, daß die Mandatsfrage keine Angelegenheit der Partei sein kann, die genannten Entartungen nicht entsprechend qualifiziert, beschließt der Parteitag, diese Vorfälle vor der proletarischen Öffentlichkeit als antikomunistisch zu bezeichnen und davon abzurücken.“ Genossen, daraus geht hervor, daß die Auffassung des GHA, und der Organisation, daß der Fall Schwarz keine Angelegenheit der Partei war und ist. Wenn also der

Fall Schwarz keine Frage der Partei ist, so hat — doch aber die Lösung dieser Angelegenheit zu Weisungen geführt, die das ist die Auffassung der Hamburger Genossen, die mit einer kommunistischen Partei nicht vereinbar lassen. Deswegen wird es notwendig sein, die Angelegenheit noch einmal aufzuzuwärmen und vündig abzurufen. Die Dinge liegen doch so: Die Partei hat nicht den Genossen Schwarz aufgeföhrt, sein Mandat nicht niederzulegen. Nicht die Partei stellte die Frage, sondern Schwarz stellte die Frage des Mandats vor der Partei. Das ist von entscheidender Bedeutung. Unter diesen Umständen gewinn die Thesen und die Anträge der Hamburger Genossen und die Entscheidung der Kontrollkommission eine andere Bedeutung. Es ist daher notwendig, diese Entscheidung der Kontrollkommission noch einmal einer näheren Prüfung zu unterziehen. Die Entscheidung der Kontrollkommission besagt, daß die Anträge selbst von Funktionären der KAP ausgegangen ist. Bei der

Aufruf!

Genossen! In diesen Tagen und Monaten droht die reformistische Flut alle Dämme zu sprengen. Die parlamentarischen Parteien führen anläßlich des Wahlrummels ein Schauspiel auf, daß alles bis dahin Gewesene in den Schatten stellen wird. Die revolutionären Organisationen sind durch Solidaritätspflichten gegenüber streikenden Genossen schon stark belastet.

Und doch müssen wir der verstärkten reformistischen Offensive verstärkte Anstrengungen entgegenzusetzen.

Wir fordern alle Genossen und mit uns und unserem Kampf Sympathisierenden auf, hellend einzuspringen. Fordert Kampffond-Marken an, die unter dem Proletariat vertrieben werden können! Zeichnet für den Pressefonds! Bedenkt: der Kampf des revolutionären Proletariats ist kein Geschäft, — es ist der Kampf für die Revolution!

Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.

Beantwortung ist zuerst die Frage aufzuwerfen, versteht die Kommission unter Funktionären den GHA? Wenn nicht, so komme ich nur zu dem einzigen möglichen Resultat, daß die Anträge zu der Mandatsüberlegung nicht vom GHA, sondern von der Partei selbst zu unterziehen sind. Als bei der Liquidierung der „Entscheidung Linken“ die Frage des Falles Schwarz auf wurde, nahmen die Körperschaften offiziell Stellung zu dem Fall Schwarz, und sie haben nach eingehender Betrachtung der Umstände klipp und klar erklärt, daß diese Frage keine Frage der Partei ist. Den einzigen Vorwurf, den man der Parteiliquidierung in ihrer Stellungnahme zu dem Fall Schwarz machen könnte, man darin über keinen existenzbedingten Gebrauch von seinen Dingen zu machen, stelle er die Organisation ohne irgendwelche Bedingungen zur Verfügung. Für die Partei war er damit ein Sympathisierender, den sie genau so beurteilte, wie alle übrigen Sympathisierenden. Unsere Einstellung steht in keinem Falle in einem Widerspruch zu unseren antiparlamentarischen Linien.

Im Falle der Granaterede liegen die Dinge doch so: Die Partei führte die Sowjet-Granatenscheitlung und schöppte daraus alle Mittel zu dieser Kampagne zu einem positiven Resultat der Arbeiterbewegung aus. Sie hat sie sich bei der Kampagne auch auf die Rede von Scheidemann gestützt. Die „Entscheidung Linken“, die das Kaulmannschesche Resultat der Arbeiterbewegung aus, sie hat nicht abgestreift hatte, sondern sie hat sie als ein Ergebnis seiner Immunität ausnutzen, illegales Material vom Abgeordneten Thomas, München, in einer Reichstagsrede gebräuchelt. Ich gebe zu, das war für die „Entscheidung Linken“ eine Beleidigung, die Granaterede ist kein Zweifel. Es war für die Partei, wo sie Berührungspunkte mit der EL hatte, ein Marschieren hart an der Grenze, ein Marschieren aber am Abgrund, darüber ist wohl kein Zweifel. Aber, Genossen, ich muß offen zugeben, die Partei ist in diesem Abgrund keineswegs hineingefallen. Man kann deshalb nicht sagen, man müsse vor aller Öffentlichkeit die Entartung feststellen, wo es die Umstände verlangen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man die Granaterede als eine Entartung, eines ist sicher, das langem ja auch nicht die Hamburger, die Partei, die sich ausdrücklich fest in ihren Thesen, daß die praktische Arbeit der Partei vom Zentralaussschuß bis heute trotz der angeblichen Entartungen richtig war. Eine Entartung hat keineswegs stattgefunden. Man kann höchstens sagen, die Partei hat ein gewagtes Spiel unternommen, als sie den Entwicklungsprozeß innerhalb der Entscheidung Linken zum Antiparlamentarismus, wenn auch nur für einen ganz kurzen Augenblick, zum Stillstand gebracht hat. Eine solche Haltung der Partei kann aber nie und nimmer als eine Entartung zum Antiparlamentarismus ausgelegt werden.

Nun möchte ich noch einen anderen Einwand berühren, und zwar den Einwand der holländischen Genossen. Die holländischen Genossen sind bei der Beurteilung des Falles Schwarz nicht erschöpft unterrichtet worden, so daß sie sich kein vollkommen klares Bild über die tatsächlichen Dinge machen können. Ich gebe zu, daß, wenn man bei der Beurteilung des Falles nur auf die einzelnen Berichte und Diskussionen in der Presse angewiesen ist, man zu falschen Schlußfolgerungen leicht kommen kann. Für die holländischen Genossen konnte angesichts dieser Umstände sich leicht die Vermutung ergeben, als sei Instanzpolitik getrieben worden, und zwar um so mehr, als es sich um die Entscheidung der Kontrollkommission auf diese Behauptung hin ausgedrückt hat. Die Fragestellung der Kontrollkommission lautete: „Ist es wahr, daß der Hauptausschuß die Frage der Nichtniederlegung zuerst unter sich entschied und vorläufig die Diskussion in der Mitgliedschaft verbot?“ Die Feststellung dazu ist aber, nachdem die Körperschaft diese Frage angeschlossen hatte, wäre es ratsamer gewesen, nicht so lange zu verweilen, sondern die Mitgliedschaft zu bringen, dann wäre auch vermieden worden, daß die verschiedenen Auffassungen, die durch die zögernde Haltung der Parteiliquidierung hier und da hervorgerufen waren, sich hätten in dem Maße breit machen

Große öffentliche Mai-Versammlung

Donnerstag, den 1. Mai 1928, vormittags 9,30 Uhr, in Haverlands Festsaal, Berlin C, Neue Friedrichstr. 35 (Eingang Rochstraße)

Massenbesucher erwartet
KAPD, AAUD, KAJD.

Publikationen in der Presse angewiesen ist, man zu falschen Schlußfolgerungen leicht kommen kann. Für die holländischen Genossen konnte angesichts dieser Umstände sich leicht die Vermutung ergeben, als sei Instanzpolitik getrieben worden, und zwar um so mehr, als es sich um die Entscheidung der Kontrollkommission auf diese Behauptung hin ausgedrückt hat. Die Fragestellung der Kontrollkommission lautete: „Ist es wahr, daß der Hauptausschuß die Frage der Nichtniederlegung zuerst unter sich entschied und vorläufig die Diskussion in der Mitgliedschaft verbot?“ Die Feststellung dazu ist aber, nachdem die Körperschaft diese Frage angeschlossen hatte, wäre es ratsamer gewesen, nicht so lange zu verweilen, sondern die Mitgliedschaft zu bringen, dann wäre auch vermieden worden, daß die verschiedenen Auffassungen, die durch die zögernde Haltung der Parteiliquidierung hier und da hervorgerufen waren, sich hätten in dem Maße breit machen

Öffentliche Diskussionsabende.

Eberswalde: Freitag, den 27. April, abends 7,30 Uhr, im Lokal „Gemütliche Klausur“, am Bahnhof.

Groß-Berlin.

Achtung! Bezirksleiter.

Nächste Sitzung der Zentrale: Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr, an bekannter Stelle.

Mitgliederversammlungen der Partei.

Freitag, den 27. April 1928, abends 8 Uhr, in allen Bezirken.

Schöneberg.

Öffentlicher Diskussionsabend Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im Lokal Schöneberg, Sedanstr. 19-20. Thema: „Die Wahl eines revolutionären Proletariats.“ Sympathisierende und „KAZ“-Leser werden hiermit besonders eingeladen.

KAPD, u. AAUD, II. Bezirk.

Alle Parteigenossen, die an Bismarckstr. „Massenaktion“ mitgewirkt haben, werden ersucht, am Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr, in der Bismarckstr. zu erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sträubing, Berlin N. — Druck: Druckerlei für Arbeiter-Literatur, Willy Isenhardt, Berlin O 17.

Drauen und Kinder an den Drehtischen der Munitionsfabriken.

Die alte Arbeiterbewegung schien völlig in Stücke zu brechen. Die russischen Proletarier drehten im November 1917 endlich die Gewerkschaften um und ließen sie auf die Köpfe der russischen Bourgeoisie niedersausen. Das unterirdische Grollen der Revolution wurde immer vernichtlicher, als der erste Mai des Jahres 1918 über die Welt hereinbrach, und die roten Fahnen, noch unbedeckt vom Gift des bolschewistischen Verrats, von den Zinnen der Peter-Pauls-Festung und des Krenel der Welt des neuen proletarischen Frühling zu verkündeten schienen.

„Alle Macht den Räten“, das war wiederum der Kampf der russischen Proletarierrevolution gewesen. Wer dachte damals, außer den Theoretikern, die im verschwiegenen Verräterherzen den neuen Unfall vorbereiteten, an jene Arbeiter- und Bauernregierungen, die einst eine neue Phase des Revisionismus und des Arbeiterverrats einleiteten sollte?

Alle Macht den Räten, das war die illegale Lösung unter der die deutschen revolutionären Arbeiter in den Schützengräben in den Konzentrationslagern der „feindlichen“ und „reaktionären“ Länder, in den antiseptischen Zirkeln des Spartakus und in den Zuchthäusern den 1. Mai 1918 feierten.

Hochauf flammte die revolutionäre Kampfgeisterung in den Winter- und Vorfrihringstagen der denkwürdigen Jahreswende von 18/19. Der 1. Mai des Jahres 1919 aber sah Spartakus gesprengt. Das deutsche Proletariat bezug diesen 1. Mai unter dem Banner der schwarz-rot-goldenen Republik unter dem Tritt der Noskebataillone und dem weißen Terror der Noskediktatur.

Eine neue Epoche des Kapitalismus war in Blut und Dreck angebrochen. Es war diejenige des unwiderruflichen Verfalls des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab und in seinen ökonomischen Tiefen. Die bürgerliche Demokratie wurde endgültig zur reaktionären Farce. Die scheindemokratische Reform wurde vollends bankrott; die sozialdemokratische und die von der Sozialdemokratie getragene Gewerkschafts- und parlamentarische Politik spukte zwar weiter in den Kuppeln breiter Arbeitermassen; aber sie ist nur noch ein Aberglaube der an den Klippen der Wirklichkeit über kurz oder lang zerfallenden. Die proletarische Revolution wird endgültig zur Tagesaufgabe eines Proletariats, das die Freiheit erringen will.

In diesem Zeichen, aber auch im Zeichen der Niederlage, die die Arbeiterklasse erfüllt, weil sie mit den alten verrosteten Waffen um neue Ziele ringen wollte, begibt die Arbeiterschaft den 1. Mai des Jahres 1928. Noch ist die Demoralisation groß. Aber die Zeichen der neuen Umschwung, wenigstens in den Hirnen der vorgeschrittenen Arbeiter, scheinen in der Form sichtbar zu werden. Allzu deutlich hämmern die Taten der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien selbst dem unklarsten Proleten ins Hirn, was ist. Die 3. Internationale lennt die Zeichen der Zersetzung und Verwesung deutlich von der Strömung. Der Versuch, die alte Arbeiterbewegung mit den revolutionär-reformistischen Phrasen des Leninismus zu garnieren und erneut lebensfähig zu machen, ist endgültig gescheitert, auch wenn viele Arbeiter, die heute noch hinter dem RFB, dem Leninbund und ähnlichen Partikeln des leninistischen Leichnams umherlaufen, trotz Amannah, Granaten und Professor Hätsch noch nicht begriffen haben, wohin der leninische Karren geschoben wird.

Die SPD, zieht aus diesem Zerfall zunächst Gewinn. Sie wird nicht eine ihrer Versprechungen erfüllen können.

Und wie lange wird der demokratisch-parlamentarische Hudenauher überhaupt noch währen? Das von Keudell verhängte Verbot des RFB, während des Wahlkampfes beheimlicht bilanziell die Lage.

Erinnerungen an die Quassibude.

Von Johann Most, (1882 geschrieben).

Was wollen Sie? Wie können Sie gegen die Beteiligung des Proletariats am Wählen eifern — Sie, der Sie doch selber sich zweimal in den deutschen Reichstag wählen ließen und sogar ein drittes Mal als Kandidat auftraten?

Das ist so ungefähr die Quintessenz der Argumente, welche mir sozialdemokratischen Herrschern in den Kopf und den Revers desselben gepöfelte wurden, so oft ich irgendwo den Stimmkastenschwindel in Versammlungen „verharmloschte“, denen „wissenschaftliche“ oder „wissenschaftliche“ Friedens- und Gesetzmäßigkeits- (violetter) Couleur und „wunderbar-ortatorischer Qualität“ beizuwohnen pflegten.

Nun ist es ja schon an und für sich der „rote Kiehl“ von Logik gar nicht zu reden, wenn jemand glaubt, daß ein Mensch einmal eine Zeitlang auf Holzweigen wanderte, derselbe auch mittels eines „eisengepanzten Eides“, verflucht und verdammte sei, lebenslänglich sich in solchen Irrgärten herumzutreiben und auf jedwede Entwicklung, geistige, Klärung usw., zu verzichten und dementsprechend seine Stellung im öffentlichen Leben zu ändern! Ueberrassend darf ich betonen, daß ich auch zur Zeit, als ich in den Reichstag trat, nicht der Meinung war, daß mittels der Teilnahme am Parlamentarismus das Proletariat aus seiner Knechtschaft erlöst werden könne. Mir leuchtete vielmehr sehr zu jener Zeit ein, was Liebknecht kurz zuvor in einer Broschüre betonte, nämlich, daß die Lösung der sozialen Fragen nur auf revolutionären Wege herbeigeführt werden können.

Ist es war aber, dies hierdies, wie ich später ein sah, sehr naiven Ansicht, daß man zu Berlin als Reichstagsbesucher, da ja im Reichstags Redefreiheit, inklusive absoluter Straßunmöglichkeit zugesichert ist, ein „rotzistralisches Maul“ haben und die Olympier des Bundesrats samt Bismarck, wie auch die Oppositionsparteien dermaßen „in die Pfanne hauen“ könne, daß es die Herzen des Volkes weit und breit erwärmen und mit Sympathie für die Sozialdemokratie erfüllen müsse. Dementsprechend nahm ich auch die Axtation im stimmkastenschwindel mit in den Kauf. Ja, ich muß gestehen, daß es mich von vornherein stark belästigte, selber so bald wie möglich, obwohl ich kaum das Wähleralter (25 Jahre) erreicht habe, behuts die vermeintlichen Radauschlagens, nach Berlin entsandt zu werden.

Daran war aber, da erst kurz zuvor eine Wahl stattgefunden hatte, wenn nicht Unvorhergesehenes zu einer Reichstagsauflösung führte, nicht vor dem Jahre 1874 zu denken. So lange war jedoch meines Beliebens in Chemnitz nicht, Nichtsdestoweniger proklamierten mich die Chemnitzer Sozialdemokraten als ihren Reichstagskandidaten. Abgesehen von einigen offenen Briefen und dergl. konnte ich persönlich zum Gelingen dieses Wahl nichts beitragen, da ich wegen der Verbannung an Ort und Stelle nicht aufzutreten vermochte. Trotzdem „schießte“ ich mit 10.000 Stimmen gegen 7000 Stimmen, welche der Leipziger Handelskammersekretär Böhmert erhielt,

KAP. und AAU. haben die Aufgabe, dem leninistisch-sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Einheitsbrei und seiner Ideologie am 1. Mai, wie auch sonst die revolutionäre Theorie und Praxis entgegenzuhalten. Sie haben die Pflicht, dem Proletariat positiv zu sagen, wie es seine revolutionäre Front zu organisieren hat. Sie sagen der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Politik, die heute zum vollendeten Verrat an der Arbeiterklasse führt und bereits gefährt hat, den unerbittlichsten Kampf an. Jedoch nicht als revolutionär sein sollender Hysterie, sondern weil sie klar erkannt haben, daß die gewerkschaftlich-parlamentarische Ideologie heute das stärkste Hindernis auf dem Wege zur Revolution ist.

KAP. und AAU. rufen das Proletariat demgemäß am 1. Mai zum Boykott der Wahlen und zum Austritt aus den Gewerkschaften auf. Sie fordern von den revolutionären Arbeitern, daß sie sich unverzüglich in der Allgemeinen Arbeiter-Union als der Vereinigung der revolutionären Betriebsorganisationen zusammenschließen und so die Klassenfront schmieden, die der einzige gangbare Weg zum Ziele ist.

Die KAP. als die Avant-Garde der revolutionären Massen, proklamiert Euch am 1. Mai ihr altes Ziel, den Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung der proletarischen Rätediktatur.

Sie steht und fällt im Zeichen jener Lösung, für die Karl und Rosa und Tausende revolutionärer Proletarier ihr Blut hingeben und von der sie niemals abgewichen ist.

Alle Macht den Räten!

Politische Rundschau

Wirtschaftsdemokratie

Ende des Berzhangkontinents

Schiedspruch verbindlich erklärt. Der Reichsarbeitsminister hat soeben den harkommunistischen Reichsarbeitsminister in den Verhandlungen über den Ruberbergbau im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Der Schiedspruch gewährt eine Lohnerhöhung von 8 Prozent. In demselben wird die Arbeitervorteile der Hauptindustrie, der Bergbau, der Sprung war sowohl von den Arbeitern wie den Unternehmern abgelehnt worden. Er gilt bis 28. Februar 1929.

Diese Meldung bricht mit dem Vorwärts den Schluß der Kommode der Gewerkschaften, und damit ist für die Angelegenheit erledigt. Nicht erledigt ist sie trotz alledem für die Kapitalisten, wie folgende Meldung zeigt:

Kohlenpreiserhöhung

23. April. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenpreiserhöhungsgesetz ist am 2. Mai statt in der Reichstags-Schiedspruches zum 1. Mai beim Reichskohlenrat eine Erhöhung der bisherigen Kohlenpreise beantragt. Die Sitzungen des Reichskohlenverbandes und Reichskohlenrates finden am 2. Mai statt. Inzwischen wird die Kohlenpreise, die das zu beantragende Ausmaß der Preiserhöhung und über die sonstigen Maßnahmen beraten werden, die durch die Selbstkostensteigerung infolge Schiedspruches für notwendig erachtet werden.

Zwecks Untersuchung der „Wirtschaftsfläche“ wurde eine Kommission unter dem „Wirtschaftswissenschaftler“ Schmalenbach gebildet, die viel von sich reden machte. Es ist nicht unwesentlich, die Leute zu hören. Ein Herr Dr. Luft begründet die abgegrenzte Prokredit der Kohlenborone in der „DAZ“ folgendermaßen:

„Da eine als normal anzusehende Stabilität in der Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie gegenwärtig noch nicht erreicht ist, so bin ich der Ansicht, daß sich gegenwärtig auch kein Abschreibenssatz ermitteln läßt, welcher für längere Zeit Gültigkeit beanspruchen dürfte. Alte und neue Anlagen und Maschinen, alte und neue Produktivität, alte und neue Betriebskosten steigen innerhalb des gleichen Betriebes nebeneinander. Es wäre anfangs die hohen und raschen Abschreibenssätze ganz moderner Anlagen zur Anwendung zu bringen, solange diese wegen der Rückständigkeit anderer Teile des Betriebes nicht zur vollen Geltung kommen können; andererseits werden auch die Betriebskosten bei völlig durchgeführter Rationalisierung sehr viel geringer sein.“

Es handelt sich also bei der gegenwärtigen Festsetzung des Abschreibenssatzes um ein Kompromiß, nicht zwischen Männern und Parteien, sondern zwischen den Wirklichkeiten, so wie sie heute vor uns liegen.

Ich hoffe die theoretischen Grundsätze des Mehrheits- wie des Minderheitsberichts zu würdigen; für mich kommt es wesentlich darauf an, die Industrie in den Stand zu setzen, daß sie den heute erreichten Rationalisierungsgrad sowohl absolut, wie relativ — im Verhältnis zu anderen Volkswirtschaften — sich zu erhalten vermag. In diesem Bestreben bin ich bis zu dem Minimum der Abschreibenssätze heruntergegangen, die ich verantworten zu können glaube.

Ich würde es aber für ein grundsätzliches und schweres Mißverständnis der ganzen Lage halten, wenn man diese Abschreibenssätze als endgültig und bindend für eine weitere Zukunft ansehen wollte. Ich möchte erwarten, daß bei sachgemäßer Durchführung weiterer Rationalisierung die Abschreibenssätze in Zukunft beträchtlich steigen müssen bei gleichzeitig noch viel stärkerer Senkung der direkten Betriebskosten. In Wiederholung bestimmter Ausführungen des Mehrheitsberichts möchte ich darauf hinweisen, daß Abschreibungen unter solcher Geschäftsführung der Sache nach Kapitalerwerb bedeuten, das heißt: es werden dafür fortlaufend neue Anlagen, Maschinen und so weiter beschafft, es werden dadurch ständig große Investitionen in die Industrie, und zwar in hochqualifizierte Produktivindustrien gegeben, welche Beschäftigung für den Arbeiter wie für das Kapital bedeuten; sie bilden auch die Voraussetzung für die Erhaltung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Der wachsende Kapitalverehr in der immer höher qualifizierten Produktion der modernen Industrie bedingt selbstverständlich wachsende Abschreibungen. Eine Wirtschaftspolitik, welche darauf nicht Rücksicht nimmt, würde Deutschland aus der Reihe der wirtschaftlich führenden Nationen der Welt zurückstoßen.“

Es ist nicht zu übersehen, daß die Abschreibungen unter solcher Geschäftsführung der Sache nach Kapitalerwerb bedeuten, das heißt: es werden dafür fortlaufend neue Anlagen, Maschinen und so weiter beschafft, es werden dadurch ständig große Investitionen in die Industrie, und zwar in hochqualifizierte Produktivindustrien gegeben, welche Beschäftigung für den Arbeiter wie für das Kapital bedeuten; sie bilden auch die Voraussetzung für die Erhaltung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Der wachsende Kapitalverehr in der immer höher qualifizierten Produktion der modernen Industrie bedingt selbstverständlich wachsende Abschreibungen. Eine Wirtschaftspolitik, welche darauf nicht Rücksicht nimmt, würde Deutschland aus der Reihe der wirtschaftlich führenden Nationen der Welt zurückstoßen.“

Der revolutionäre König!

Ein Schulbeispiel „revolutionärer“ Diplomatie.

Die „R. F.“ vom 8. April berichtete: „Ammanah ist gestern von London abgereist. Er begibt sich nach Warschau, Berlin, Warschau und Riga nach Moskau, wo er zwei bis drei Wochen bleiben will. Von dort begibt er sich nach Ankara und Teheran, um im Juli nach Afghanistan zurückzukehren.“

Während des Aufenthalts in Berlin kritisierte die „R. F.“ die „R. F.“ ihre stärkere Konkurrenz, aber deren konstruktive Ausschweifungen.

„Man las da in der „R. F.“: „Der neudeutsche Imperialismus ist in den Berliner Königstagen der Republik wieder einmal auf die Bühne

geleitet: vier, nämlich Wahlrecht, Motteler, Geil und ich — wir „bissen“ die Eisenbahn heraus.“

Das kam letzten wir unsere Sitze eingenommen, so konnten wir die Wahrnehmung machen, daß sich rechts vom Präsidentensitze, vom ersten Sitze der Bundesratsstafel aus, Bismarck und ergab sich per Loggion zu mustern begannen. Er aber wartet man diese revolutionäre Diplomatie nicht bis zum letzten Augenblicke, sondern schon vorher, um die Augen der Arbeiter und Bauern“ zurückzuführen, die die „Arbeiterdelegationen“. Warum ihm der RFB in Deutschland keinen Fackelzug bereite, ist eigentlich unerfindlich. In Moskau im Jahre 1927, als er sich nach Ankara und Teheran, um im Juli nach Afghanistan zurückzukehren.“

Die übrigen Bundesratschinesen kamen mir vor wie ausgestopfte Winkeladvokaten aus dem vergangenen Jahrhundert. Alles war da altmodisch: die Kleidung, die Wäsche, die Fratz und das alte Gebälge. Ueberrassend sah auch im „Hohen Hause“ selber ganz niedliche Dickhäuter, Sumpferber und Nachteilern, besonders auf der rechten Seite des „Hohen Hauses“.

Zu letzten Kategorie war zum Beispiel ganz entschieden der Bischof Rüb von Straßburg zu zählen, der mich mit seinen Glotzungen und seinem barocken Umhänge förmlich an den Theater-Uhu in der Wolfschicht der Oper „Frischitz“ erinnerte. Das kommt auch in dem Offenen Schreiben des Grundungskongresses an das Ekki zum Ausdruck.

Obwohl die Mitglieder der KPD immer mehr erkennen, daß die Wiedereingliederung eine unumgängliche Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung ist, werden ihr unermüdlich von ehrlichen Willen getragenen Vorschläge ablehnen. Unser Offenes Brief ablehnte, mit denselben Methoden unser Angebot ablehnen. Mit dem Abklingen unseres Angebots tragt ihr aber auch die volle Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen.

Mit komm. Gruß! Leninbund (Linke Kommunisten) Ortsgruppe Dortmund.

treten. Darum versteht es sich auch von selbst, daß neben Hindenburg, den Bankdirektoren und Industriekapitalen Herr Braun und Löbe von der Sozialdemokratie, daß neben dem demokratischen Berliner Oberbürgermeister Haß auch der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Haß dem König die Honneur erwiesen haben. Geht es um den deutschen Imperialismus, können die Sozialdemokraten wie Hindenburg und Wilhelm Ammanah Tag erwiderte der „Vorwärts“ der „sozialistische Botschaft“ in Berlin zu Ehren des Königs Ammanah die Sowjetfahne gehißt, daß der russische Kaiser Kerenski das Mitglied der 3. Internationale, mit seiner Frau am Empfangsabend und an der Galaport teilgenommen haben.“

Die englischen Stalinisten sahen in dem intimen Verkehr mit dem englischen König einen Zweifel an der „revolutionären“ Gesinnung des „revolutionären“ Königs, und schrieb:

„Eure Majestät (I), wir wenden uns an Sie, als den Herrscher eines Volkes, dessen heldenmütiger Kampf für seine Unabhängigkeit immer die Begeisterung der Arbeiterklasse hervorgerufen hat. Wir wünschen, daß Sie, Majestät, nichts gemeinsam haben mit der Klasse verbrochener Ausbeuter (II), die Ihnen aus politischen Gründen schmeicheln. Wir wissen, daß Sie Hilfe suchen müssen, Führung und Unterstützung aus der Klasse der ehrlichen Nachbarn, bei Sowjetrußland — bei ihrem nächsten Nachbar, bei Sowjetrußland.“

Da hört eigentlich schon der gewöhnliche Verstand auf, zu funktionieren. Aber die Herrschaffen bekommen eben diesen Schein von Moskau zum Abdruck, und damit fertig. Das wird sofort klar, wenn man das Programm liest, das dem Ammanah-Rummel in Moskau zugrunde liegt, und das das „Volkskommissariat des Auswärtigen“ veröffentlicht. Wir lassen es folgen:

Die russische Regierung stellt dem König ihr Repräsentationsrecht am Krenel der Reichstagsgebäude und die Teilnahme an der neuen Taz des Aufenthalts in Moskau und fünf Tage in Petersburg resp. Leningrad folgende Vorbereitungen getroffen:

In Moskau: Empfang durch die Regierung am dem Bahnhof. Besuch des Präsidenten des Rats der Volksbeauftragten und des Mauseleus. Besuch bei den Moskauer Stadtverordneten und Empfang durch das diplomatische Korps.

Abends Essen bei dem Präsidenten des Rats der Sowjetunion, Besichtigung des Krenel und des Sowjetpalastes. Besichtigung des Rennplatzes, Trab- und Flachrennen. (I) Abends Essen beim Volkskommissar des Auswärtigen.

Fahrt zum Flugplatz, und der Klasse verbrochener Ausbeuter. Besuch des Hauses der Roten Armee und Flotte. Essen in der Afghanischen Botschaft.

Besichtigung von Industriewerken, vom Haus der Bauern und des Museums der Revolution. Abends Galavorstellung im Staatlichen Theater. Besuch der Universität und des Ministeriums für Bildungswesen sowie der Timiriasew-Akademie.

Abends Künstlertheater „Fiodor Iwanowitsch“. Besuch der Flugwerke und des Museums für soziale Hygiene. Abends Ballett im Großen Theater „Krasny Mak“.

Abends Opernvorstellung im Großen Theater. Besuch der Staatsbank und des Juwelenfonds. Abends Zirkus.

In Leningrad: Empfang durch die Stadtverordneten und Besuch der Eremitage. Bankett der Stadt. Besuch in Detskoje Selo und Frühstück im Katharinenhof. Besuch der Akademie der Wissenschaften.

Ballett im Marientheater. Fahrt nach Frischitz in Kronstadt. Besuch und Frühstück in der Porzellanfabrik in Petersburg. Opernvorstellung im Michailow-Theater.

Die Ortsgruppe des Leninbundes in Dortmund hat an die KPD folgendes Schreiben gerichtet:

An die Unterbezirksleitung der KPD. Dortmund. Werte Genossen!

Es ist Euch bekannt, daß der Leninbund (Linke Kommunisten) bei den kommenden Wahlen mit eigenen Wahlvorschlägen beteiligen wird. Da im Reichs- und Landtag eine Listenverbindung mit der KPD gesetzlich unzulässig, jedoch bei der in Dortmund stattfindenden Stadtverordnetenwahl eine solche Möglichkeit gegeben ist, schlagen wir Euch vor, eine Listenverbindung mit uns einzugehen. Mit unserem Vorschlag der Listenverbindung wollen wir erreichen, daß bei der Stadtverordnetenwahl abgezogene revolutionäre Stimmen zur Geltung kommen.

Dieser Vorschlag liegt durchaus in der Linie unserer Gruppe und hat ja selbst noch einmal ausdrücklich der Grundungskongress des Leninbundes beschlossen, in allererster Linie die Wiedereingliederung aller Kommunisten auf Leninischer Grundlage zu betreiben. Das kommt auch in dem Offenen Schreiben des Grundungskongresses an das Ekki zum Ausdruck.

Obwohl die Mitglieder der KPD immer mehr erkennen, daß die Wiedereingliederung eine unumgängliche Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung ist, werden ihr unermüdlich von ehrlichen Willen getragenen Vorschläge ablehnen. Unser Offenes Brief ablehnte, mit denselben Methoden unser Angebot ablehnen. Mit dem Abklingen unseres Angebots tragt ihr aber auch die volle Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen.

Mit komm. Gruß! Leninbund (Linke Kommunisten) Ortsgruppe Dortmund.

Die „revolutionären Stimmen“ kommen also auch zur Geltung, wenn sie einem „Liquidator“ zugesandt werden, und im übrigen hat man sich ja überhaupt nur gespalten um die Wiedereingliederung besser betreiben zu können. Was ein Hacken nach dem Will, krümmt sich beizeiten, und was eine sozialdemokratisch-parlamentarische Partei werden will handelt von vornherein nach dem „Grundsatz“, daß das kleinere Übel besser ist, als gar kein Übel.

Die „Achtung“ des Krieges

Das amerikanische Kapital gebärdet sich zum zweiten Mal in der Weltgeschichte als Vorkämpfer des Pazifismus. Die 14 Punkte-Wilsons, die Friedensbasis für den Weltkrieg, waren das Symbol für den neuen-friedlichen Aufbau der Welt. Unter ihren Schutz flüchtete das deutsche Kapital der Welt. Unter Uebermacht des Ententekapitals kapitalisierte es sich. Schon damals fühlte sich das amerikanische Kapital als der Diktator über das europäische Kapital. Es wollte einen amerikanischen Frieden für Europa und glaubte, mit seinen 14 Punkten die Neuordnung der europäischen Landkarte nach seinen Wünschen vornehmen zu können. Das europäische Kapital unterwarf sich scheinbar dem Diktat des ehrlichen Mäklers und dem zeitlich festgesetzten Grundsatz — das deutsche Kapital, weil ihm seine Niederlage keinen anderen Ausweg ließ, und das Ententekapital, weil das amerikanische Programm seine ideologische Pose als Vorkämpfer für Recht und Freiheit in einer außerordentlich wirksamen Form unterstützte. Die Tragikomödie des Zusammenbruchs des Traums des amerikanischen Kapitals haben die Friedensverhandlungen von Versailles, St. Germain, Trianon usw. offenbart und den gläubigen pazifistischen Illusionisten ist nur die Hoffnung auf eine bessere „amerikanische“ Zukunft geblieben. Das amerikanische Kapital hat deshalb auch nicht seine Unterschrift unter das Dokument gesetzt, das den Völkern über den Siegelbewahrer des neuentdeckten völkerbefreien internationalen Pazifismus präsentierte. Der Völkerbund ist keine Stütze des amerikanischen, sondern des englischen Kapitals geworden. Das europäische Ententekapital hatte zwar die amerikanische Hilfe angenommen, aber die den Sieg über das deutsche Kapital zu verdanken, aber eine Stunde nach dem Siegelbewahrer der Aufteilung der Welt unter die Siegermächte. Es ignorierte ganz einfach die Verschuldung beim amerikanischen Kapital und verwies es auf seine Monroedoktrin. Das amerikanische Kapital war noch nicht stark genug, um aus dieser glatten Bräskierung die Konsequenzen zu ziehen. Es muß sich mit einem Protest begnügen. Eine verstärkte Ausnutzung seiner kapitalistischen Ueberlegenheit durch Ausbau seiner Rüstung insbesondere zur See, mußte trotz alledem das europäische Kapital früher oder später zur Anerkennung seiner Ueberlegenheit zwingen. Außerdem mußte die Abhängigkeit von der Versorgung mit amerikanischen Rohstoffen das europäische Kapital europäisch machen.

Die Bedrohung Europas nach den Friedensschlüssen trat nicht ein. Im Gegenteil, tobte ein außerordentlich heftiger Machtkampf, der mehr als einmal in direkte Kriegsfornen überzugehen drohte. Das stärkste Hindernis bildete der sich nur langsam und mit außerordentlichen Schwierigkeiten vordringende kapitalistische Aufbau. Für die Durchführung eines Krieges ist vor allen Dingen eine bis ins feinste durchorganisierte, auf der modernsten Grundlage aufgebaute Industrie erforderlich, die auch durch den gesamten Bau der Wirtschaft eine genügende Gewähr und Rückhalt für einen Erfolg bietet. Soweit ist aber das europäische Kapital noch nicht. Eine Steigerung der Aktivität hat das Jahr 1927 gebracht. Das englische Kapital hat sich von den Folgen des Bergarbeiterstreiks des Jahres 1926 erholt. Dem deutschen Kapital ist seine erste Konjunktur geblüht. Die Stabilisierung fast sämtlicher europäischen Valuten ist zu verzeichnen. Europa beginnt wieder ernstlich, sich mit einer Steigerung und Modernisierung seiner Produktion zu beschäftigen. Dies ist auch umso leichter für die einzelnen nationalen Kapitalismen möglich, weil die Abhängigkeit vom Kleinbürgertum sozialdemokratischer Färbung überall in Wegfall gekommen ist. Ein Hindernis bildeten die Sozialpatrioten im Ernst nie. Sie haben sich auch niemals einer Aufrüstung widersetzt. Am besten beweist dies die Haltung der französischen Sozialisten mit Paoli Boncour an der Spitze. Nur die Brutalität der Formen, haben sie gemildert. Da die Duldung ihrer „Mitregierung“ sich auf Epochen wirtschaftlicher Krisen beschränkte, so bildeten sie keinen Gefahrpunkt für den Imperialismus.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse wurden die Rüstungen von französischen und englischen Kapital weiter fortgesetzt. Ihre Aufbaumöglichkeiten aber können keinen Vergleich mit denen des amerikanischen Kapitals aushalten, so daß sie immer mehr in das Hintertreffen geraten. Es war das besonders bei den Seerüstungen der Fall.

Der technische Bereich der „DAZ“ entnehmen wir: „Eine bedeutsame neue Erfindung in der Webstuhlindustrie führte das Bandwebstuhlprodukt Basel-Zürich eine Anzahl getadelter Pressevertreter in der Baseler Maschinenfabrik Kautz in die letzten Tagen vor. Die gemachte Erfindung bedeutet für die Bandwebindustrie eine durchgreifende Rationalisierung, da sie bei gleichbleibenden Strom- und Unterhaltungskosten und mäßiger Lohnsteigerung eine 100 prozentige Produktionssteigerung erzielt, nach einer notariellen Beglaubigung nach einem achtjährigen Versuch mit der neuen Bandwebstuhl sogar von 105,84 Prozent. Die bisherigen Tendenzen, durch Vermehrung der Bänder höherer Leistungen und dadurch billiger Ware zu erreichen, führten zu einer stetigen Verlängerung der Webstühle, wodurch diese unübersichtlich wurden und nur mit Anstrengungen zu bedienen waren. Die neue Erfindung verkürzt den Webstuhl wieder, bedingt dadurch einen Platzersparnis und eine schnellere Handhabung bei Fälscherei oder anderen Störungen im Arbeitsvorgang. Sie besteht nun darin, daß die bisherige Doppelrollenrolle in eine Vielschichtbandwebstuhl umgewandelt wurde, die durch geschickte Raumausnutzung die doppelte Produktionskapazität wie die bisher üblichen Läden besitzt. Die Schützenreihen sind so angeordnet, daß in einer Bandbreite senkrecht übereinander zwei Bänder gewebt werden, während ein zweites Bandpaar darüber, nur in der Höhenrichtung versetzt, ebenfalls in einer Bandbreite hergestellt wird. Die Lösung ist überaus sinnreich und einfach, sie wird dadurch ermöglicht, daß für zwei Schützenreihen nur eine Zahnstange zum Antrieb benötigt wird, die zwischen den beiden Schützenreihen liegt, d. h. durch die Mitte der Bandbreite hindurchgeht. Eine derartige Konstruktion war früher nicht ausführbar, weil die Zahnstangen für den Schützenantrieb bei den bisherigen Doppelrollenrollen unter den Schützenrollen lagen. Die neue Erfindung verwendet die Schützenführung selbst zur

Die Differenzen zwischen den beteiligten Mächten bestehen lediglich in der Gestaltung der künftigen Seerüstung. Das amerikanische Kapital will den ausgiebigsten für ein günstiges Staatsgrosßmacht, in denen es ihnen einen Pakt zur Achtung des Krieges anträgt. In denen es wieder Krieg, ritt es. Zum zweiten Mal soll der amerikanische Pazifismus die Welt retten, zum zweiten Mal wehrt sich Europa, diesen Pazifismus zu ertöden. Das englische Kapital drückt sich mit stiller Miene vor einer Entscheidung. Es hat den Pazifismus solange gepredigt, als es unbestritten die Vormacht innerhalb des Weltkapitals bildete. Die Seerüstung des amerikanischen Kapitals hielt es bei der engen Verschmelzung mit dem amerikanischen Kapital nicht für so bedrohlich, weil es sich hauptsächlich gegen Japan richtete. Außerdem hielt es sich auch nicht in Europa oder von Europa her gefährdet. Einen Angriff seitens des französischen Kapitals befürchtete es nicht. Immerhin sah es seine Entwicklungsmöglichkeiten behindert und wäre ihm eine größere Freiheit der Bewegung sicher erwünscht. Anders liegt dies beim französischen Kapital. Es fühlt seine überseeischen Verbindungen immer noch durch England bedroht, das es sowohl vom atlantischen Ozean, als auch vom Mittelmeer abschneiden kann. Seine Opposition gegen den amerikanischen Plan richtet sich nicht gegen Amerika, sondern erfolgt nur wegen seiner Sicherheit gegenüber England und in zweiter Linie wegen Deutschland. Seine Verknüpfung als größte kontinentale Macht mit den europäischen Verhältnissen muß ihm eine Garantie der Aufrechterhaltung des bisherigen Status notwendig erscheinen lassen. In dieser Richtung macht es auch Einschränkungen gegenüber dem amerikanischen Vorschlag. Die Vorbehalte sind gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, daß der Imperialismus nicht tot ist. Es bedurfte gar nicht dieser offenkundigen Bankrotterklärung der bürgerlichen Friedensliebe. Die Gegensätze der einzelnen nationalen Herrschaften lassen sich nicht überbrücken. Sie vertiefen sich im Gegenteil immer mehr. Die neuen Erden, die der Hochkapitalismus durch die grundlegenden Änderungen der Produktionstechnik hervorbrachte hat, sind bald ausgeschöpft. Der Binnenmarkt als Absatzmarkt zerfällt langsam. Der Kampf um die Rohstoffgebiete wird wieder aktiv. Die sich steigernde Seerüstung zeigt dies ganz klar. Das Proletariat weiß, was die Achtung des Krieges bedeutet. Hohle Phrasen mit dem Auftakt zum „Kriege. Nur das revolutionäre Proletariat kann durch Bekämpfung der kapitalistischen Ordnung den Krieg unmöglich machen.

Die Ortsgruppe des Leninbundes in Dortmund hat an die KPD folgendes Schreiben gerichtet:

An die Unterbezirksleitung der KPD. Dortmund. Werte Genossen!

Es ist Euch bekannt, daß der Leninbund (Linke Kommunisten) bei den kommenden Wahlen mit eigenen Wahlvorschlägen beteiligen wird. Da im Reichs- und Landtag eine Listenverbindung mit der KPD gesetzlich unzulässig, jedoch bei der in Dortmund stattfindenden Stadtverordnetenwahl eine solche Möglichkeit gegeben ist, schlagen wir Euch vor, eine Listenverbindung mit uns einzugehen. Mit unserem Vorschlag der Listenverbindung wollen wir erreichen, daß bei der Stadtverordnetenwahl abgezogene revolutionäre Stimmen zur Geltung kommen.

Dieser Vorschlag liegt durchaus in der Linie unserer Gruppe und hat ja selbst noch einmal ausdrücklich der Grundungskongress des Leninbundes beschlossen, in allererster Linie die Wiedereingliederung aller Kommunisten auf Leninischer Grundlage zu betreiben. Das kommt auch in dem Offenen Schreiben des Grundungskongresses an das Ekki zum Ausdruck.

Obwohl die Mitglieder der KPD immer mehr erkennen, daß die Wiedereingliederung eine unumgängliche Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung ist, werden ihr unermüdlich von ehrlichen Willen getragenen Vorschläge ablehnen. Unser Offenes Brief ablehnte, mit denselben Methoden unser Angebot ablehnen. Mit dem Abklingen unseres Angebots tragt ihr aber auch die volle Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen.

Mit komm. Gruß! Leninbund (Linke Kommunisten) Ortsgruppe Dortmund.

Die „revolutionären Stimmen“ kommen also auch zur Geltung, wenn sie einem „Liquidator“ zugesandt werden, und im übrigen hat man sich ja überhaupt nur gespalten um die Wiedereingliederung besser betreiben zu können. Was ein Hacken nach dem Will, krümmt sich beizeiten, und was eine sozialdemokratisch-parlamentarische Partei werden will handelt von vornherein nach dem „Grundsatz“, daß das kleinere Übel besser ist, als gar kein Übel.

Achtung! Ortsgruppen und Wirtschaftsbeiräte. Die „KAZ“ Nr. 35 erscheint in der zweiten Maiwoche als Sondernummer (Antwahlnummer) zum Preise von 10 Pf. in besonderer Ausstattung. Mehrbestellungen sind sofort an den Verlag aufzugeben. Verlag der „KAZ“.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 29. April 1928

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantplatz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7822.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 62. Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantplatz Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im Voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Zahnstangenführung, so daß sie für jede Schützenreihe jeweils eine Zahnstange ersparen. Es wurde der Presse ein Jacquard-Handwebstuhl vorgeführt, der anstelle der bisherigen 54 Schützen 108 Schützen hat, eben durch die Einmutter-Vielstockwebelade, die in jedem gut erhaltenen, im Gebrauch befindlichen Webstuhl einseht werden kann. Die Kosten hierfür betragen nach Angabe der Erfinder 16 Prozent mehr wie die gewöhnliche Doppelstange. Durch die doppelte Ausnutzung der Webeläden erhalten diese eine größere Stabilität, wodurch auch die Reißkraft für die Kettenfäden vermindert wird. Dies vermindert auch die Stillstandszeiten. Nach den Ausführungen der Erfinder können mit der neuen Vielstockwebelade alle Arten und Breiten einschlägiger auch technischer Bänder unter Verwendung beliebiger Rohstoffe hergestellt werden. Für die deutsche Bandindustrie rechnen sie eine jährliche Ersparnis von 30 Millionen Mark an Webeläden als Folge der Erfindung an."

Die internationale Entwicklung des 1. Mai

Der Beschluß, alljährlich am 1. Mai einen internationalen proletarischen Feiertag zu veranstalten, wurde auf dem Gründungskongreß der 2. Internationale 1899 angenommen. Ursprünglich war er als ein internationaler revolutionärer Kampf gedacht, aber wie die gesamte 2. Internationale immer mehr in die Schlingen des Reformismus geriet, verlor auch der 1. Mai immer mehr seinen Kampfcharakter. Er wurde zwar immer als „Weltfeiertag“ bezogen, ja, sogar die „Arbeiterbewegung“ wurde immer mehr durchgeführt, doch seinen inneren Wert verlor er vollständig. Ein Kampfakt ist er zuletzt nicht mehr gewesen. Als ein direkter Vorläufer des 1. Mai kann der Beschluß des Kongresses der 1. Internationale zu Gené 1866 angesehen werden. Der Generalkongreß nahm einen Beschluß an, in dem zum Kampfe für die Beschränkung des Arbeitstages ein Tag als Ruhetag vorgeschlagen wurde. Desgleichen feierten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eine Reihe von Verbänden in Amerika den 1. Mai als „Labourday“ (Arbeiterstag). Mit der Entwicklung des modernen Industriegewerkschaftswesens nahm dieser „Arbeiterstag“ immer mehr einen Kampfcharakter an. Die Arbeiter stellten Forderungen auf, an deren Spitze die Parole für die Erringung des Achtstundentages stand, für die Arbeiterbewegung demonstrierten. Die Bewegung steigerte sich immer mehr und mehr, und im Jahre 1884 beschloß die „Federation of Organized Trades and Labour of the United States and Canada“ (Federation der organisierten Gewerbe und Arbeiter der Vereinigten Staaten und Kanada) auf ihrem Kongreß in Chicago, den Kampf um den Achtstundentag als Hauptforderung unter der Arbeiterschaft zu propagieren und den 1. Mai 1886 für die endgültige Erklämpfung des Achtstundentages auszusprechen. Der Parole wurde allgemein zugestimmt, weil bereits Teile der Arbeiterschaft einer Reihe harter Kämpfe mit den Unternehmern verwickelt waren. Am 1. Mai 1886 forderten allein in Chicago mit einem Schlage 300.000 Arbeiter den Achtstundentag. Die Unternehmer bewilligten 150.000 Arbeitern diese Forderung. Darauf traten die übrigen 216.000 sofort in den Streik. Nach einer Versammlung der Streikenden am 3. Mai kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei eine Anzahl Tote und Verwundete gab. In „Austifter“ wurden hingerichtet. Aber nicht nur in Amerika, sondern auch in England und Australien entstanden die Forderungen, den 1. Mai unter der Parole der Arbeitsverkürzung zu feiern.

Am Ausgang des 19. Jahrhunderts nahmen mit der immer schnelleren Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft auch die Arbeiterorganisationen immer größeren und festeren Umfang an. Die ersten heftigen Krisen des Weltkapitalismus, die die Arbeiter in ein unsicheres Elend stürzten, zwangen die Organisationen zu neuen, umfassenderen Kampfmethoden und stellten auch die Frage der internationalen Solidarität auf die Tagesordnung. Nachdem die 1. Internationale ihre Aufgabe der Propaganda des Kommunismus erfüllt hatte und danach erloschen war, kam jetzt die Zeit, wo die breiten Massen der Arbeiterklasse die praktischen Kampf aufnahmen. Dabei war die Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen in jener Zeit die wichtigste Frage, die die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit festlegen konnte und die die wirtschaftliche Entwicklung und die schon entbrannten Kämpfe der Arbeiterschaft bereits praktisch angeht. So ist es dem Zufall, daß im Mittelpunkt des Gründungskongresses der 2. Internationale 1889 zu Paris die Forderung nach dem Achtstundentag stand. Der Kongreß nahm eine Resolution an, in der es sehr richtig heißt, daß die Befreiung „der Arbeit und der Menschheit nur durch den Kampf von dem Kapitalismus und internationalen Proletariat, welches sich die politische Macht erringt, um die Expropriation des Kapitalismus und gesellschaftliche Besitzergreifung der Produktionsmittel als Werk zu setzen“. Als Tag der internationalen Kundgebung wurde der 1. Mai bestimmt, als Weltkampftag zu feiern und zu demonstrieren.

Die Parole des 1. Mai fand unter der europäischen und amerikanischen Arbeiterschaft starken Beifall, weil mehr, als die Pariser Kongreß erwartet hatte, nicht nur die organisierten, sondern auch die unorganisierten und große Teile der indifferenten Arbeiter wurden in die Bewegung mit hineingezogen. Ueber seine internationale Bedeutung hinaus gab der 1. Mai in vielen Ländern den Anstoß zu einem weiteren Aufschwung der sozialistischen Bewegung des Proletariats. Das Proletariat erkannte zum ersten Male die ungeheure Kraft, die es verkörperte, wenn es in der internationalen Phalanx des Kampfes weit hinaus, die Arbeiter erwiesen sich als revolutionäre, sie faßten die Parole des „Feiertages“ ohne weiteres so auf, daß an diesem Tage „gefeiert“, also nicht gearbeitet wird. (In den Resolutionen des Kongresses war von einem „Ruhentag“ der Arbeit keine Rede.) Trotz des Unternehmens, die überall auftretenden Polizeischikanen heilen, die Arbeiter in einer Reihe Länder die Arbeit ruhen. In allen Ländern waren riesige Arbeitermanifestationen, die in ihrer Wirkung weit über die Forderung des Achtstundentages hinausgingen. Die erste große Bourgeoisie sah zum ersten Male, daß hier eine neue Klasse ihre Forderung nach Wahl erhob, daß hier die erste Massenforderung trotz seines glänzenden äußeren Erfolges im Keim auch schon die Schwächen, die sich in den späteren Jahren zum vollkommenen Reformismus entwickelten und sich als Vorzeichen des künftigen Zusammenbruchs bemerkbar machten. In Oesterreich wurde der Ruh-

tag am besten durchgeführt. In Deutschland hatten Teile des Proletariats unter ungeheuren wirtschaftlichen Opfern ebenfalls gefeiert. Angesichts der Provokationsabsichten der Regierung, die den 1. Mai zu einem großen Hübnad und zur Verlängerung der vollständigen politischen Unterdrückung des Proletariats (Erneuerung des Sozialistengesetzes) benutzen wollte, richtete jedoch die Fortleitung der Bewegung der Arbeiterreformistischen Verflüchtung des 1. Mai und der endgültigen Anpassung an das bürgerliche Regime. In England leitete der Trade-Unionismus, den die Arbeiter in England organisatorischen Kraft von vornherein nur als einen Tag der Forderung von „Reformen“ und vermeiden bis auf keine sozialistische Gruppen jeden revolutionären Anstrich, zwischen Kapital und Arbeit entgegengeworfen. Das bedeutet, die Leninisten Englands bleiben, wie alle Sektionen der III. Internationale, im Moskauer Sumpf stecken.

Große öffentliche Mai-Versammlung

Dienstag, den 1. Mai 1928, vormittags 9.30 Uhr, in Haverlands Festhallen, Berlin C, Neue Friedrichstr. 35 (Eingang Rochstraße). Massenbesuch erwartet. KAP. AAU. KAJ.

selbstverständlich auch die Arbeiterschaft. Trotz dieser Schwächen wurde die Gewerkschaftsbewegung in England als revolutionäre Bewegung und Leiter der Arbeiterbewegung die größte nationale Erziehung der Arbeiterklasse zum revolutionären Klassenbewußtsein. Die ungeheure Todesrate, die die Bourgeoisie bei den Maitagen 1890 und 1891 ertrotzt hatte, verlor sich in den folgenden Jahren immer mehr. Je mehr die Führer der sozialistischen Parteien ihre alte revolutionäre Tradition aufgaben, desto überlassener wurde die Bourgeoisie. Weiter wurden die internationalen Parolen in den Hintergrund gedrängt, und mehr nationale Losungen (Wahlrecht usw.) aufgestellt. Auf den folgenden internationalen Kongressen wurde es allmählich den einzelnen Ländern überlassen, welche Form sie der Maitage geben wollten. Dadurch waren sie nicht mehr an eine internationale Disziplin gebunden und konnten tun, was sie wollten. Man erkannte einseitig, daß eine Steigerung der Maitage zu einem Kampf um die Macht ausmünden müßte, andererseits aber richtete man sich im bürgerlichen Staate lässlich ein und versuchte, die „anständige“, „parlamentarische“ Partei zu werden, andererseits verkündete man den großen „Kladderadatsch“, aber andererseits vermied man ängstlich alles, was die Arbeiterklasse praktisch auf die Übernahme der Macht vorbereiten konnte. Der Weltkrieg mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Parteien legte die Maitage vollständig lahm, bis auf einzelne Gruppen, die die revolutionären Traditionen hochhielten.

Heute ist die Maitage mehr zu einem Volksfest geworden, zu einem Spaziergang, wozu sich die Proletarier den Sonntagsproletarier verhalten. Die Zeitungen am nächsten Tage berichten dann von dem „gewaltigen Aufmarsch der Arbeiter“, und damit ist die Sache wieder auf ein Jahr erledigt. Für die Arbeiterschaft steht aber heute die Frage erstens denn je, ob sie sich immer mehr der sich verschärfenden Ausbeutung unterwerfen will, und zweitens, ob sie sich nicht stets bei jedem ernsthaften Kampf auf die Seite der Bourgeoisie neigt. Die Schlichtungsvorrichtung ermöglicht es der kapitalistischen Regierung, jeden Kampf der Arbeiterklasse zu verhindern, und die Arbeiter schreitet vorwärts. Und wenn heute der Arbeiterkampf eine Bedeutung haben soll, so kann es nur die sein: Sich auf den Kampf um die weitere Ausbeutung und Verelendung und den Kampf um die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu legen muß, am 1. Mai wie es nicht möglich herabsinken in die Barbarei.

Streikmüder aus der englischen Arbeiterbewegung

Wir berichteten in Nr. 27 der „KAZ“ über die „wilden Streiks“, in denen sich die englischen Arbeiter der Kohlen- und Textilindustrie gegen weitere Verschlechterungen ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen zu wehren suchten. Nach den Auskünften des „Workers' Life“ vom 7. April sind die Streikenden in den Bureaus der Gewerkschaften gelassen, die Arbeiter zu wiederholtenmalen die Arbeit zu bewegen. Die Leninisten dafür, daß sie die Ausbreitung der Streiks verhindern. Die Kämpfe oben von jenen Führern abhängig machen, die den Zügel vorher als Lakaien und Verräter sebrandmarkt, gegen die vereinigten Kräfte der Arbeiter der Kohlen- und Textilindustrie. Kohlenbergarbeiter-Federation ist es gelungen, die 10.000 ständigen in Durham zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Sie haben sich offen als Zuträger der Kohlenbarone demaskiert. Sie wurden von ihren Mitstreitern immer wieder niedergebrellt, es kostete tagelange Debatten, aber schließlich gelang es, eine Schar nach der anderen wieder in die verschiedenen Gruben zurückzutreiben. Wenn auch noch passive Resistenz geübt wird, in Durham und Northumberland ist die Revolte gegen die altbewährte Führerschaft im Augenblick zum Stehen gebracht. Der Bericht schließt mit dem schon abekanntem Satz: Die Arbeit, die Führer zu wechseln, wird nicht schwer sein, wenn die Arbeiterbewegung ihre ganze Kraft dafür einsetzt. Ein solches Lied wird nicht besser, wenn es international epifiziert wird. Die Revolutionierung der Gewerkschaften sieht nämlich in England so aus: Am 1. April wurde die englische Leninistenblatt: „Die Schotten lassen lieber die ganze Arbeiterbewegung zum Teufel gehen, als wie es den Wahlen entspricht, die Führung den Kommunisten zu übergeben. Die altbewährte Führerschaft ruft einfach die Jahreskonferenz nicht aus.“

Am 13. April werden so alle Maßnahmen, die die Führerschaft gegen die Revolutionierung der Labour-Party und der Trade-Unionen getroffen haben, kurz aufgezählt. Unter der Leitung des „Diener der Herrenkaste“, Erster Schritt, die Weigerung, die Kommunistische Partei in die Labour-Party aufzunehmen dann die Zurückweisung kommunistischer Delegierter aus den örtlichen Zweigen der Labour-Party. Dann erfolgte der Hinweis auf die Forderung der Trade-Unionen, die die als Person Mitglied geworden wären. Jetzt wieder die Zurückweisung von kommunistischen Delegierten, die als Vertreter ihrer Gewerkschaften in Ortsleitungen der Labour-Party entsandt sind. (Dies ist der erste Schritt zur Spaltung der Gewerkschaften, da er die politische Diskreditierung in der Gewerkschaften hineinragt.) Als letztes Glied in der Kette, die die Weigerung, kommunistische Delegierte als Vertreter der Gewerkschaften in der Labour-Party zuzulassen, dies wird dazu führen, später, als es schon andernwo geschehen, die Gewerkschaften, die die Arbeiterbewegung in England zu zerschlagen der Bourgeoisie, jenen Harmonieaposteln und Friedenspredigern

Reformistischer und „revolutionärer“ Parlamentarismus in England! Die Heldentaten der ersten Arbeiterregierung sind bekannt genug. Jetzt, nachdem der Bruch mit der Labour Party endgültig ist, wird das Geschrei der Leninisten Englands nach Abrechnung am Wahltag mit der Baldwin-Regierung immer gedämpfter. Sie warnen die Bergarbeiter, auch von einer Regierung Macdonalds was zu erhoffen; nur eine richtige revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung könnte helfen. Des Herrn Macdonalds Drohung, die Bergarbeiter mit Kanonen zur Reason zu bringen, ist nicht bekannt genug. Jetzt aber hat er der berüchtigten Simon-Delegation, die unter Ausschaltung des indischen Volkes nach Indien entsandt wurde, verboten, was indisch ist, ein Telegramm entsandt folgenden Inhalts: „Die Maßregel der konservativen Regierung in Hinsicht der Simon-Kommission haben das volle Vertrauen der Labour Party, und auch von einer Regierung der Poincaréisten und demzufolge einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung Europas. Auch die prominenten bürgerlichen Vertreter der „Friedenspolitik“ des deutschen Kapitalismus hoffen stark auf die Wiederkehr der sogenannten Linksblock-Aera in Frankreich. Reichsaussenminister Stresemann ging schon auf Urlaub an die französische Riviera, um dort mit den Vertretern Briands die Frage der deutschen Reichstagsauflösung vor den französischen Wahlen im positiven Sinne zu besprechen, von wessen der „Völkerverständigung“. Noch am Vorabend der Wahl galt die empfindliche Schlappo Poincaré als gut wie sicher.

Die Helidentaten der ersten Arbeiterregierung sind bekannt genug. Jetzt, nachdem der Bruch mit der Labour Party endgültig ist, wird das Geschrei der Leninisten Englands nach Abrechnung am Wahltag mit der Baldwin-Regierung immer gedämpfter. Sie warnen die Bergarbeiter, auch von einer Regierung Macdonalds was zu erhoffen; nur eine richtige revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung könnte helfen. Des Herrn Macdonalds Drohung, die Bergarbeiter mit Kanonen zur Reason zu bringen, ist nicht bekannt genug. Jetzt aber hat er der berüchtigten Simon-Delegation, die unter Ausschaltung des indischen Volkes nach Indien entsandt wurde, verboten, was indisch ist, ein Telegramm entsandt folgenden Inhalts: „Die Maßregel der konservativen Regierung in Hinsicht der Simon-Kommission haben das volle Vertrauen der Labour Party, und auch von einer Regierung der Poincaréisten und demzufolge einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung Europas. Auch die prominenten bürgerlichen Vertreter der „Friedenspolitik“ des deutschen Kapitalismus hoffen stark auf die Wiederkehr der sogenannten Linksblock-Aera in Frankreich. Reichsaussenminister Stresemann ging schon auf Urlaub an die französische Riviera, um dort mit den Vertretern Briands die Frage der deutschen Reichstagsauflösung vor den französischen Wahlen im positiven Sinne zu besprechen, von wessen der „Völkerverständigung“. Noch am Vorabend der Wahl galt die empfindliche Schlappo Poincaré als gut wie sicher.

Aus den Wirtschaftskreisen

Die rote Polizei in Aktion! Diester und grau liegen nachts bei spärlichem Gaslicht der Proletarierviertel. Die gesteuerte Ausbeutung, die den Arbeiter ausprobt, die Zitrone, läßt ihm wenig Kraft und Sinn für andere Dinge. Nur einige Opfer des Königs „Alkohol“ erproben ihre versoffenen Stimmen. Aber „Rot Front“ kommt auch nicht zur Ruhe. Vielleicht eine Aktion in Ausrichtung der Arbeiterbewegung. Die Minister prangen nur an den Mauern der Stadt, Heldenaten oder Auswärtigen der KPD-Politik, z. B. Gehaltssteigerung Hindenburgs, Clara Zetkins Rede über das Zusammengehen zwischen Reichswehr und „Rotter“ Armee usw. Die Antibolschewisten, die sich von dem heiligen Geist der revolutionären Weltanschauung lösen, müssen sich einmal zur Rechten und links wenden, denn das aneinander Paraderen und „Rot Front“ brüllen, wird mit der Zeit langweilig. Mit den Stahlhelmen hat man Frieden geschlossen, will nur auf diesem Siege, und dieser bei ihnen in die Faust geschichtet ist (siehe das Abzeichen an der Mütze), muß doch dem angespeicherten Kampfegeist einmal Luft gemacht werden. Sonst könnte es möglich sein, daß die Ebenebel dieser Hirne nicht mehr zelnigt. Und dies ist der Sitzpunkt der heutigen Massenorganisationen. In der Nacht zum 4. April spielte sich folgende Szene ab:

Einige Genossen kehren von Propaganda zurück. „Rot Front“ Petitionen, unscheinbar als „dänernd“, Signale. Im Laufschritt kommen die Arbeiter auf der Straße und fordern Herausgabe unseres Materials. Wir ließen uns nicht beirren und unsere stoische Ruhe brachte ihre Wut zum kochen. Auf ihre traurige Rolle, die sie spielen, aufmerksam gemacht, erklärten sie einfach: „Wir haben nicht mit Euch zu diskutieren, sondern Befehl, das Material wegzunehmen.“ Genau wie beim Militär: Laut Befehl! Dem Ueberbringer war vielleicht der Rote Orden mehr zelnigt. Und Taddy wird ihn persönlich unter einem Tuch der Schalmierkappe überdecken? Denn der Eier war sehr groß.

Die Wahlen in Frankreich

Schon seit Monaten wurde in der deutschen Presse auf die große Bedeutung der französischen Aprilwahlen für die europäische Politik hingewiesen. Besonders die führenden Blätter der SPD, prophezeiten mehr oder weniger laut eine Niederlage der Poincaréisten und demzufolge einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung Europas. Auch die prominenten bürgerlichen Vertreter der „Friedenspolitik“ des deutschen Kapitalismus hoffen stark auf die Wiederkehr der sogenannten Linksblock-Aera in Frankreich. Reichsaussenminister Stresemann ging schon auf Urlaub an die französische Riviera, um dort mit den Vertretern Briands die Frage der deutschen Reichstagsauflösung vor den französischen Wahlen im positiven Sinne zu besprechen, von wessen der „Völkerverständigung“. Noch am Vorabend der Wahl galt die empfindliche Schlappo Poincaré als gut wie sicher.

Die letzte Entscheidung über die zukünftige parlamentarische Konstellation der französischen Regierung fällt am 29. April. Der Erfolg der Poincaréisten am ersten Wahlsonntag ist jedoch so groß, daß die Stichwahlen keine wesentliche Verschiebung zugunsten des bürgerlichen Linksblocks bringen können. Der Traum von „Linksblock“ und „ein schöner Traum, weiter nichts.“ Es hat im imperialistischen Frankreich keinen Ruck nach links, sondern einen weiteren Ruck nach rechts gegeben. Sogar die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ muß am 24. April offen bekennen: „Sicher ist jedoch jetzt schon, daß durch keine Taktik die Mehrheit des Poincaré-Blocks gebrochen werden kann. Die deutsche Bourgeoisie wird also nicht mit Herriot, sondern mit Poincaré ihre „Friedens“-Politik fortsetzen.“ Eine Fernwirkung dieses parlamentarischen Triumphes des Poincarismus wird zweifellos sein eine Verbesserung der Wahlverhältnisse für die deutschen Poincaréisten, für die Deutschlandsozialisten. Besonders der SPD ist durch die Schlappo der Herriot-Briand der parlamentarischen Segeln genommen, was die Demagogen der Westpart-Keudell-Partei bis zum 20. Mai geschickt ausnutzen werden.

Die Erfolge des Poincaré-Blocks sind einseitig gewiß zurückzuführen auf das herrschende Wahlstimm, das eine stark reaktionäre Wahlkreiseinteilung vorsieht. Andererseits hat die Stärkung der Poincaréisten aber auch ihre politischen Gründe. Die bürgerlichen Linksparlieren haben in den vergangenen vier Jahren selbst alles getan, um die französischen Kleinbürgermassen von sich zu stoßen. Sie haben Poincaré den Weg zur Ministerpräsidentenschaft gebahnt und ihm wegen der Stabilisierung des Franken zugejubelt. Heute, wo die bürgerliche Linke nur noch mit stark gedämpftem Trommelklang Opposition macht, hat sie nun die parlamentarische Quintessenz für ihren Bankrott erhalten. Der züchtern vertrauenswürdigen Kleinbürger hat seine Stimme lieber gleich den Poincaréisten gegeben, als jenen bürgerlichen Linken, die mit pazifistischen Phrasen im Grunde auch keine andere Politik wie der Poincaré-Block treiben. So zeigt sich auch in Frankreich, daß die kleinbürgerlichen Illusionen von selbst zerplatzen, da ihre Träger nicht über ihren eigenen kapitalistischen Schatten springen können.

„Selbst unter der Ministerpräsidentenschaft Poincarés, als über den reaktionären Kurs seiner Politik nicht der geringste Zweifel bestehen konnte, hat die sozialistische Kammerfraktion

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sträbing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy-Isack, Berlin O 17.

Bestellzettel Ich bestelle hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantplatz 13, zu senden. Name: Ort: Straße:

Die Wahlen in Frankreich

Linksblock-Plöte und Pyrrhussieg der KPF. Schon seit Monaten wurde in der deutschen Presse auf die große Bedeutung der französischen Aprilwahlen für die europäische Politik hingewiesen. Besonders die führenden Blätter der SPD, prophezeiten mehr oder weniger laut eine Niederlage der Poincaréisten und demzufolge einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung Europas. Auch die prominenten bürgerlichen Vertreter der „Friedenspolitik“ des deutschen Kapitalismus hoffen stark auf die Wiederkehr der sogenannten Linksblock-Aera in Frankreich. Reichsaussenminister Stresemann ging schon auf Urlaub an die französische Riviera, um dort mit den Vertretern Briands die Frage der deutschen Reichstagsauflösung vor den französischen Wahlen im positiven Sinne zu besprechen, von wessen der „Völkerverständigung“. Noch am Vorabend der Wahl galt die empfindliche Schlappo Poincaré als gut wie sicher.

Die letzte Entscheidung über die zukünftige parlamentarische Konstellation der französischen Regierung fällt am 29. April. Der Erfolg der Poincaréisten am ersten Wahlsonntag ist jedoch so groß, daß die Stichwahlen keine wesentliche Verschiebung zugunsten des bürgerlichen Linksblocks bringen können. Der Traum von „Linksblock“ und „ein schöner Traum, weiter nichts.“ Es hat im imperialistischen Frankreich keinen Ruck nach links, sondern einen weiteren Ruck nach rechts gegeben. Sogar die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ muß am 24. April offen bekennen: „Sicher ist jedoch jetzt schon, daß durch keine Taktik die Mehrheit des Poincaré-Blocks gebrochen werden kann. Die deutsche Bourgeoisie wird also nicht mit Herriot, sondern mit Poincaré ihre „Friedens“-Politik fortsetzen.“ Eine Fernwirkung dieses parlamentarischen Triumphes des Poincarismus wird zweifellos sein eine Verbesserung der Wahlverhältnisse für die deutschen Poincaréisten, für die Deutschlandsozialisten. Besonders der SPD ist durch die Schlappo der Herriot-Briand der parlamentarischen Segeln genommen, was die Demagogen der Westpart-Keudell-Partei bis zum 20. Mai geschickt ausnutzen werden.

Die Erfolge des Poincaré-Blocks sind einseitig gewiß zurückzuführen auf das herrschende Wahlstimm, das eine stark reaktionäre Wahlkreiseinteilung vorsieht. Andererseits hat die Stärkung der Poincaréisten aber auch ihre politischen Gründe. Die bürgerlichen Linksparlieren haben in den vergangenen vier Jahren selbst alles getan, um die französischen Kleinbürgermassen von sich zu stoßen. Sie haben Poincaré den Weg zur Ministerpräsidentenschaft gebahnt und ihm wegen der Stabilisierung des Franken zugejubelt. Heute, wo die bürgerliche Linke nur noch mit stark gedämpftem Trommelklang Opposition macht, hat sie nun die parlamentarische Quintessenz für ihren Bankrott erhalten. Der züchtern vertrauenswürdigen Kleinbürger hat seine Stimme lieber gleich den Poincaréisten gegeben, als jenen bürgerlichen Linken, die mit pazifistischen Phrasen im Grunde auch keine andere Politik wie der Poincaré-Block treiben. So zeigt sich auch in Frankreich, daß die kleinbürgerlichen Illusionen von selbst zerplatzen, da ihre Träger nicht über ihren eigenen kapitalistischen Schatten springen können.

„Selbst unter der Ministerpräsidentenschaft Poincarés, als über den reaktionären Kurs seiner Politik nicht der geringste Zweifel bestehen konnte, hat die sozialistische Kammerfraktion

Die Fememordpatrioten

Die Regierung weiß, daß die KPD aus Rücksicht auf die Gefahr seitens des französischen Imperialismus, dem viele geschwiegen hat, was diese Regierung unendlich machen könnte für internationale Verhandlungen. — Entweder läßt die Regierung die Mordtette gegen die Kommunistische Partei oder wir werden das Schweigen brechen.“ (Rote Fahne vom 27. Mai 1923)

Der viel ausgeschlachtete „Saemisch-Bericht“ über die Phöbus-Affäre, erfährt gewöhnlich seine Ergänzung in dem Stettiner Fememordprozess. Es wird dort von den beteiligten Mätern dieser Republik so nachlässig geschrien, daß selbst Herr Grzesinski schweren Herzens plaudern muß. Seine „Rechtfertigung“ ist eine glatte Bestätigung der Tatsache, daß die geklaute Hakenkreuzbanden im Solde dieser Demokratie standen. Bedingung war allerdings — daß die Hände der Regier dieser Republik nicht offiziell beschmutzt werden dürfen, und daß jene schönen Kinder begreifen, daß sie ihre Auftraggeber nicht unter den Linden krähen dürfen. Da jedoch der Stein einmal ins Rollen kam, weil eben jene rechtsradikalen Deutschland-Letter, nicht nur Handlanger sein wollten, sondern diese ihre Tätigkeit als den Anfang der „Erneuerung“ Deutschlands sahen, lassen jene „Milbräucher“ alle Rücksichten fallen und stellen ihre Hintermänner, die sozialdemokratischen „Kämpfer“, gegen die Reaktion“ nach allen Regeln der Kunst bloß. Herr Grzesinski ist tief erschüttert über einen solchen Rücksichtslosigkeit und bedauert sehr, daß er sich bezüglich der Eizenschnitzung, wo man sie von einem „einsichtigen und wirklich national gesinnten Deutschen“ eigentlich erwartet, so sehr geirrt habe. Mehr ist wohl zu einem glatten Eingeständnis nicht mehr nötig. Aber Herr G. erzählt ja auch noch zynisch und herausfordernd, daß, wo Holz gehauen würde, doppelt Späne fallen müßten. In zynischer „Stellung-Deutsch“ ist das das Eingeständnis, daß die Sozialdemokratie ihren Seelen dazu gab, daß über 200 Menschen von den Hakenkreuzbanditen ohne jede juristische Formalität nur deswegen umgebracht wurden, weil sie im Verdacht der „Spionage“ standen, und das war das Stichwort gegen alle revolutionären Proletarier, die gegen diese damals einfache nationalistische Hetze ankämpften.

Trotzdem wäre diese uns Tageslicht gezerrten Heldentaten der Noskepartei kein Grund, sich sonderlich darüber aufzuregen. Diese Partei ist während des Krieges und im Verlauf der deutschen Revolution keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie vor keinem Verbrechen am Proletariat zurückschreckte. Eine Partei, die sich dem Kapitalismus mit Haut und Haaren verschrieben hat, kann auch in den Mitteln, den Kapitalismus zu retten, nicht wälkersch sein. In „rubigen“ Zeiten, wie heute, genügt schon die Schlichtungsspeitsche, um die Sklaven dieser Profitordnung wieder in die Tretmühle zu bringen. Aber sollten sie einmal aufässig werden, dann wird diese Partei keinen Augenblick zögern, ihre wirklich nationale Einstellung zu zeigen. Die Proletarier, die jetzt mit viel Geschrei und unter radikalen Versprechungen zur „Wahltschlacht“ aufgerufen werden, können sich einmal überlegen, ob sie immer wieder von neuem dem eigenen Metzger das Messer in die blutbefleckten Hände drücken wollen.

Wie gesagt: Eine Enttäuschung über des neuesten Eingeständnis ist nur bei jenen Kleinbürgern möglich, die nicht befreit sind, daß eine solche politische Korruption die legale Frucht des Parlamentarismus und Ministerialismus selbst ist. Auf jenen kleinbürgerlichen Horzhoß entristeter Weltanschauung, die kein Engel ist so rein — weil uns schon moratäglich die bittersten Krokodilstränen über die Schandtaten der SPD-Führer, und empfiehlt sich bei den Wahlen als die Partei, die nie und

die Politik dieser Regierung eigentlich vertreten.“ Das ist die Tatsache, daß die Parlamentarisation der SPF in den letzten Monaten bei wichtigen Abstimmungen glatt auseinander, ist schon allherald „Grundsatzfestigkeit“ für eine „sozialistische“ Partei. Aber dies sind lang und nicht alle politischen Schweineereien der SPF. Man erinnere sich nur, daß es der SPF-Führer Paul Boncour war, der im Geffler Kapitalistenbund oft genug als offizieller Vertreter des französischen Imperialismus sprach, und dies mit einem nationalistischen Schwung, wie es ein offener Poincaréist kaum besser

nehmen ihre Hände zu zweideutigen Dingen reichen würde. Sie spekuliert dabei darauf, daß denen, die die Geschichte der Arbeiterbewegung nur aus der „Roten Fahne“ oder aus den Wahlflugblättern kennen, eine solche Kost genügt. Mehr, wie ein Wahlgeschäft, ist ja auch gar nicht beabsichtigt.

Die KPD spekuliert dabei weiterhin auf den Zwang, der auf der Noskepartei lastet, so viel als möglich zu verschweigen und zu vertuschen, um sich nicht selbst mehr zu kompromittieren, als dies absolut nötig ist. Die KPD, vor von Anfang an von dieser Dummheit, — und nicht nur von diesem unterrichtet! Aber jene Vorgänge spielen in der Zeit der Graueneschichte der russischen Regierung mit der deutschen Reichswehr hinein! Deshalb mußte die KPD, sich wägen, und hat eingestandenmaßen bis heute aber alles geschwiegen, was nicht von dritter Seite ausgegangen wurde. Die KPD hat geschwiegen über die Spennungen im Ruhrgebiet, und hat einen Parlamentarier, der sich mit dieser Politik politischer Zuhälter nicht mehr einverstanden erklären wollte, gedroht, ihn fallen zu lassen, wenn er den Mund aufmachte! Der „Verräter“ wäre genau so der Feme verfallen, wie jene Hunderte, die im Einverständnis mit der KPD, in Oberschlesien um die Ecke gemacht wurden. Die Noskepartei war über die Granaatgeschäfte der deutschen Bourgeoisie mit der russischen Regierung in allen Einzelheiten unterrichtet, aber sie schwieg, einmal aus „nationalen Gründen“, zum anderen, weil die KPD, ihr auf die Art entgegenkam, daß sie sich bereits erkläre, über die Schandtaten der SPF, das große Schweigen zu breiten.

Die KPD bewilligte in Konsequenz ihrer vaterländischen Politik Millionen für den Militärretal, für die Justiz, selbst für „landwirtschaftliche Beante“ (Offiziere der schwarzen Reichswehr), wie in dem Antrag, Drucksache Nr. 2163 (im Jahre 1926 noch) nachzulesen ist. Dieser Antrag zielt die Unterschriften fast 22 m 111 cher bürgerlicher Parteien, angefangen von den Volkslisten bis zur KPD. In dieser Zeit noch rechtlichergebar die Charin die „Verteidigung des deutschen Vaterlandes“, das ja „untermüder“ sei, — weil es seine Granten von Rußland bezog. In Konsequenz dieser „positiven“ Politik konnte Brandler den Verrat der KPD an den mitteldeutschen Märzkomitees 1921 vor dem bürgerlichen Klassengericht mit den Worten rechtfertigen: „Was die KAPD tat, die zum Kampf um die Diktatur des Proletariats auftrat, das kann uns doch nicht in die Schule geschoben werden, dafür kann man uns doch nicht verantwortlich machen.“ — Brandler wurde ob dieses seines „umtügen“ Kampfes gegen die „linke Gefahr“ von der deutschen Bourgeoisie, kaum daß er in Festungshaft eingeleitet war, sofort beurlaubt, damit er nach Rußland reisen konnte. Dort wurde er Ehrenvorsitzender der III. Internationale.

Wollen die deutschen Proletarier die Lehren aus den Verbrechen der parlamentarischen Parteien ziehen, dann müssen sie die Grundursache beseitigen, aus der diese Verbrechen an der Arbeiterklasse wachsen. Das ist die parlamentarische Taktik selbst. Erst wenn die von der Kapitaloffensive, von Krisenstürmen und neuen blutigen Kriegszwängen bedrohten Massen begreifen, daß sie sich selbst antraffen müssen, daß ihr Kampf nichts mehr zu tun haben kann mit Wahlkomittees und Schlichtungsdemokratie, werden sie den Sumpf trocken legen können, aus dem heraus immer von neuem der Verrat aus den eigenen Reihen wächst. Darum kann die Antwort auf die gegenseitige Entlarvung der parlamentarischen Parteien nur sein: Kampf gegen Parlamentarismus und Führerpolitik! Sabotage des Wahlmumms! Die Organisierung der eigenen Aktion als Klasse auf der Grundlage der Betriebsorganisationen!

Und man denke ferner daran, daß derselbe Boncour der Vater jenes Militärversicherungsgesetzes ist, das im Kriegsfalle die gesamte französische Bevölkerung (einschließlich der Frauen und reiferer Schulkinder) unter den Oberbefehl des imperialistischen Generalstabs stellt! Diesem nationalistischen Kriegsgesetz Boncour, welches das berüchtigte deutsche Hilfsdienstgesetz ungleich Angedenkens wert in den Schichten stellt, hat die Kammeraktion der SPF, nicht den geringsten Widerstand entgegengestellt und dadurch ebenfalls die Mitverantwortung für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen